



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

A., R.: England und Deutschland

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



England und Deutschland



n dem heutigen Verkehr der Kulturvölker bedeutet auswärtige und Weltpolitik zu treiben für eine Regierung oder einen Staatsmann kaum etwas anderes, als mehr oder weniger versteckte oder offenkundige Vorteile für den eignen Staat zu behaupten oder anzustreben, andern Staaten dagegen aber die Nachteile aufzulegen. Wer dabei den Vorteil seines Volkes richtig erkennt und ihn allein zum Ziel seiner politischen Maßregeln macht, ist der Anerkennung und bei Erfolgen auch der Dankbarkeit seiner Nation sicher. Seine Handlungsweise wird von seinen Mitbürgern als patriotisch bewundert, auch wenn sie so ist, daß ein anständiger Mann sie seines eignen Vorteils halber nicht üben würde.

Die auswärtige Politik hat außer der Erhaltung des staatlichen Ansehens meist sehr reale Güter im Auge, sie ist vielfach ein Ringen um die Förderung des Volkswohlstandes geworden. Sentimentalität und Zartgefühl in der Wahl ihrer Mittel sind deshalb bei ihr nicht angebracht; das deutsche Sprichwort: Besser Unrecht leiden, als Unrecht thun, gehört nicht unter die Gebote der Weltpolitik. Daß einer solchen Politik Anfeindungen durch andre und besonders durch benachteiligte Staaten und deren Presse nicht fehlen, und daß sie in schärfster Form nur unter dem Schutz einer starken See- und Landmacht getrieben werden kann, ist wohl klar. Unsrer Erde ist nicht unendlich und hat leider keinen unbeschränkten Wohnraum für die weiße Rasse. Folglich muß eine solche Politik der Selbstsucht immer mehr eine Notwendigkeit für alle Staaten mit starker Bevölkerungszahl werden, die sich für die Zukunft eine Großmachtstellung sichern wollen.

Da eine so fürsorgliche Politik nicht bloß das zukünftige, sondern auch das gegenwärtige Wohl des Volkes bedenkt, so wird sie ihre Ziele statt durch

eigne Opfer lieber durch Kämpfe anderer Völker unter einander zu erreichen suchen, um als tertius gaudens die Früchte dieser Kämpfe einzuheimen. Oft genügt es der weisen Weltpolitik schon, zwei starke Gegner durch Eifersucht und gegenseitiges Mißtrauen so zu binden, daß sie keine Freiheit haben, sich mit der Außenwelt zu beschäftigen. Trägt auch die rücksichtslose Verfolgung des eignen Vorteils der Weltmacht oft genug den Vorwurf der Vergewaltigung schwächerer Staaten ein, so wird sie sich doch leicht darüber hinwegsetzen, wenn sie glaubt, einer etwaigen thätigen Parteinahme anderer Staaten für den ungerecht behandelten Kleinen gewachsen zu sein.

Aber nicht allein der bewohnbare Raum der Erde ist der steten Begehrlichkeit der Weltpolitik einer Großmacht unterworfen, sondern auch das Hauptmittel zum Wohlstand der Völker, der Handel. Ein in Industrie und Handel starker Auslandsstaat wird dadurch zu einem Gegner, der mit allen Mitteln bekämpft werden muß. In dem sogenannten friedlichen Wettkampf der Völker wird mit Freihandel und Schutz- und Vorzugszöllen, mit Musterchutz und Schutzlosigkeit, mit Verkehrserschwerungen, Hemmungen und Sperrern usw. gehörig gestritten. Die Mittel, die bei dem Kampf um Absatzgebiete der Industrie angewandt werden, würden in dem Verkehr der einzelnen Kaufleute der Bezeichnung unreell nicht entgehen. Weltpolitik und Handelspolitik sind von einander kaum trennbar, beiden gebührt wegen ihrer Wichtigkeit für das allgemeine Wohl das volle Interesse aller Bürger und vor allem aller Gebildeten. Erfolgreiche Weltpolitik, auch wenn sie mehr, als es gewöhnlich geschieht, der Stimme des Rechts und der Billigkeit Gehör giebt, kann aber nur durchgeführt werden, wenn im Volke Verständnis für das eigne Wohl, für seine Zukunft und für die Politik fremder Staaten vorhanden ist. Im Altertum war es die Pflicht aller Bürger der kleinen Kulturstaaen, sich an der Politik zu beteiligen, in Ländern mit altem Kolonialbesitz, wie in Frankreich und England, hat noch die Mehrzahl der Gebildeten Verständnis für äußere Politik, in Deutschland haben es nur wenige, und leider nicht einmal die Hälfte der eigentlichen Politiker, wenn man die parlamentarischen Streiter um innere Reichsangelegenheiten so nennen kann. Die so unpolitisch denkende Mehrheit hat sogar ein Grauen vor Weltpolitik und möchte die Regierung gern davon fern halten; sie hat zwar für offenbare Ungerechtigkeiten in der Handlungsweise anderer Staaten bisweilen etwas Unwillen übrig, hat aber durchaus kein Verständnis für die Pläne und Endziele unsrer drei Weltmächte: England, Rußland und der Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Ein Muster der erfolgreichen Durchführung weitschauender Weltpolitik ist Englands Politik in den letzten Jahrhunderten. Das benachbarte kleine Holland wurde zunächst mit Frankreichs Hilfe zu Grunde gerichtet, nicht weil es England besonders feindlich gesinnt war, sondern weil sein Seehandel damals im Vergleich zu dem englischen zu stark war. Dann folgte die Erdrückung

Spaniens und Portugals auf kolonialem und auf dem Seehandelsgebiet, und schließlich wurde während der großen Kriege auf dem Kontinent im Anfang dieses Jahrhunderts Frankreichs Seemacht und Handel lahm gelegt und mit der riesigen Vergrößerung der eignen Kolonien begonnen. Je mehr die Mächte des Festlands in Krieg und Zwist verwickelt waren, um so leichter hatte es Großbritannien, ein Stück der Erde nach dem andern für seinen Volksüberschuß zu erwerben und seiner Industrie immer neue Absatzgebiete zu sichern. Sein Hauptmittel war die rücksichtslose Ausnutzung seiner Seeherrschaft, während die andern Staaten der Seemacht zu wenig Beachtung schenken konnten. Rußlands noch unentwickelte Kraft und seine Stellung zur Türkei, die durch innere Unruhen verursachte Selbstbeschränkung in der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten, die Vielstaaterei in Deutschland und später sein gespanntes Verhältnis mit Frankreich begünstigten die ungeheure Ausdehnung der britischen Kolonial- und Seemacht. Frankreichs Feindseligkeit gegen Deutschland, die beide Staaten in ihrer auswärtigen Politik und in der Machtentfaltung zur See hinderte, ist der beste Mitarbeiter für Englands Größe gewesen. Die Sorge Englands um die Fortdauer solcher Spannungen zwischen den Großmächten des Kontinents ist nicht zu verkennen. Sein gefährlichster Gegner, der in Indien den Reichtum des Inselreichs bedrohen kann, Rußland, scheint sich nicht recht in europäischen Wirren fesseln zu lassen.

England zu regieren wird durch das Verständnis seiner Volksvertretung und seiner Gebildeten für die auswärtige Politik und für die Bedeutung der Seeherrschaft als Grund des Wohlstands der ganzen Nation sehr erleichtert. Englands Missionare, Beamte, Kaufleute und Offiziere arbeiten alle im Sinne der Weltpolitik im Auslande mit, ohne die Reibungen in und außer Dienst zu kennen, die bei uns leider oft vorkommen, oder sie gar bis zur Schädigung der Staatsinteressen anwachsen zu lassen. Es bedurfte 1889 und 1897 nur des Hinweises, daß andre Nationen nach mehr Seemacht strebten als bisher, und daß Englands Seeherrschaft gegenüber jeder denkbaren Vereinigung andrer Mächte nicht mehr völlig außer Frage sei, um weitgehende, zum Teil für mehrere Jahre im voraus gesicherte Geldbewilligungen für Neubauten von Kriegsschiffen zu erlangen. Dieses Jahr hat das Volk selbst die Admiralität zur Vergrößerung der Flotte gedrängt. Als Lohn seiner Seeherrschaft und Politik hat Großbritannien während der sechzigjährigen Regierung seiner Königin um neun Millionen englische Quadratmeilen an Landbesitz und gegen zweihundert Millionen Unterthanen zugenommen. Es ist jetzt das größte Weltreich; das Geld seiner unternehmungslustigen Kaufleute und sein Handel beherrschen den Weltverkehr, seine Kabel umspannen die Erde und werden in Kriegszeiten nur für englische Interessen arbeiten; an allen Hauptverkehrsstraßen hat England Festungen und Flottenstationen. Aber das alles genügt

ihm noch nicht. Der Plan seines Kolonialministers Chamberlain, die gesamten Kolonien und das Stammland zu einem Reich mit gemeinsamer Wehrkraft und zu einem großen Zollverein zusammenzuschließen, wird nach Beseitigung der Schwierigkeiten der Durchführung den andern Kulturstaaten ein engereinigtes Greater-Britain von vierhundert Millionen Einwohnern und zwölf Millionen englischen Quadratmeilen Fläche entgegenstellen. Es wird ein Riesenschutzollgebiet sein, das bei seiner Ausdehnung durch alle Zonen alle Rohprodukte, mit Ausnahme des Petroleums, für seinen Unterhalt und seine Industrie selbst hervorbringt. Es wäre unpolitisch und eine Verkennung der Bedeutung Chamberlains, wenn wir in ihm hauptsächlich den Politiker sähen, der in der Jameson- und Rhodesangelegenheit ein in den Augen der Nichtengländer unsaubres Spiel getrieben habe. Seine Handlungsweise war durchaus patriotisch, und das Verlangen des Volks nach vorteilbringender Weltpolitik hätte ihn und jede Regierung weggefegt, wenn solche Kämpen für Englands Ländergier vom Kolonialminister und von der Regierung im Stich gelassen worden wären.

Bei der Erwirkung einer übrigens berechtigten Entschädigung deutscher Kaufleute in Haiti durch unsre gedeckten Korvetten *Vineta* und *Gazelle*, unter Leitung des spätern Admirals Batsch im Jahre 1872, handelte ein zartfühlender Teil unsrer Volksvertretung genau in der entgegengesetzten Weise; ob richtig oder klug, mag dahingestellt bleiben. Die genannten Schiffe hatten, um den wiederholten Ausflüchten der Regierung von Haiti ein Ende zu machen, in Port au Prince zwei kleine Kriegsschiffe mit Beschlagnahme belegt und dadurch endlich die Ersatzleistung erzwungen. Daraufhin trat der Abgeordnete Lasker im deutschen Reichstage auf und hielt eine gewaltige Rede gegen die Vergewaltigung harmloser Republiken. Unsre Bettern von der andern Seite des Kanals sollen damals über uns herzlich gelacht haben.

Seit einigen Jahren scheint nun ein Teil der kontinentalen Mächte etwas mehr zu empfinden, in welcher Weise er bisher von England für dessen Zwecke ausgenutzt worden ist, und möchte nicht mehr auf jede Aufreizung zur gegenseitigen Prügelei hineinfallen. Frankreich kolonisiert in seiner Art energisch, und Deutschland fängt an, die Auswanderung seiner überschüssigen Volkszahl nach Ländern mit englischer Sprache zu bedauern, es breitet, dank seiner intelligenten Bevölkerung, die Absatzgebiete seiner Industrie immer weiter aus, vergrößert seine Handelsflotte und möchte sogar seine Wehrkraft zur See steigern. Da dasselbe Bestreben zugleich in Rußland, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Japan besteht, und Englands Handelszunahme nicht mehr so schnell steigt wie früher, so kommen drüben unbehagliche Gefühle auf. Noch ist der britische Handel und die Handelsflotte siebenmal so groß als die Deutschlands, noch ist Englands Übergewicht zur See durch kein Staatenbündnis ernstlich gefährdet, und doch versetzt schon die Bedrohung der bis-

herigen schnellen Zunahme seines Wohlstandes das englische Volk in gewaltige Aufregung. Es würde falsch und unpolitisch sein, England Vorwürfe zu machen wegen seines Wunsches, der alte Zwist der Nachbarn auf dem Kontinent möge wieder aufleben; es wäre unberechtigt, ihm die Äußerungen des Unmuts über Deutschlands Gedeihen zu verargen; jeder weiß, daß in Geldsachen die Gemütlichkeit aufhört. Die folgende Wiedergabe einzelner englischer Preßstimmen soll daher nicht etwa den Zweck haben, unser Volk gegen England aufzuheizen, sondern es soll nur daran gezeigt werden, wie ein Volk denkt, das seit Jahrhunderten Weltpolitik treibt und jeden Fall, wo andre von unkultivirtem Land Besitz ergreifen, als Verletzung seiner Interessen auffaßt. Zugleich ist es wohl zeitgemäß, dem deutschen Volke einmal zu zeigen, wie wenig beliebt es in England ist, und in wie einfacher Weise man dort die Vernichtung eines Konkurrenten ins Auge faßt, sobald dessen Fortschritte in Industrie und Handel den Einkünften der britischen Kaufleute bedrohlich werden.

Zunächst Sir Richard Temple. Er erzählt uns in einem Aufsatz „Die Beziehungen zwischen dem englischen und deutschen Volk“ (Deutsche Rundschau, Oktober) zur Verhütung ernsterer Verstimmungen, wie man im englischen Volk über Deutschland denkt. Nachdem er uns in einigen Sätzen in Erinnerung gebracht hat, daß der Deutsche in englischen Ländern meist sehr schnell ein guter Engländer werde, zeigt er, daß die deutsche Kolonisation England habe unruhigen müssen, weil sie im Gegensatz zur französischen wesentlich auf den Handel gerichtet sei. Die Gedanken des Verfassers sind etwa folgende. Die deutschen Erwerbungen in Neuguinea, in Ost- und Westafrika, in Kamerun usw. verletzen eigentlich immer englische Interessen; aber das englische Volk wurde deshalb dem deutschen noch nicht böse, es konnte Deutschlands Wunsch nach eignen Kolonien begreifen, aber es grollte mit seiner Regierung, weil diese keine triftigen Gründe zur Verhinderung vorrätig hatte. Auch die deutschen Bestrebungen in Ostafrika, so bedenklich sie vor 1890 für englische Interessen wurden, konnten nach dem englisch-deutschen Übereinkommen über die Abgrenzung der dortigen Schutzherrschaften das englische Volk noch nicht besonders gegen Deutschland aufregen, zumal da der englische Vertrauensmann, Stanley, erklärt hatte, daß es für England ein gutes Geschäft sei. Schlimmer stand es schon, als Englands Wunsch auf Abtretung eines Landstreifens des Kongostaates durch Deutschland vereitelt wurde. Dann aber kam nach dem überraschenden Einfall Jamesons in Transvaal das noch überraschendere Telegramm des deutschen Kaisers an den Präsidenten Krüger. Das war mehr, als die Engländer vertragen konnten, besonders weil man an die Absicht der Unterstützung Transvaals durch Deutschland glaubte. Man dachte thatsächlich an einen Krieg (den Sir Richard Temple wegen der Stammverwandtschaft beider Völker sehr beklagt haben würde). Da aber Deutschland nichts zur Unterstützung Transvaals that, so blieb es bei

den drohenden Rüstungen, und das friedfertige England will Geschehenes geschehen sein lassen. Wenn auch Cecil Rhodes mit seinem Vorgehen schließlich im Unrecht gewesen war, so konnte er doch der öffentlichen Meinung wegen nicht verurteilt werden. Ob übrigens für das Verhältnis zu Transvaal das Wort Suzeränität oder Oberherrlichkeit in jedem Abkommen vorkommt oder nicht vorkommt, ist gänzlich gleichgiltig, da die Engländer das erste annehmen und keine fremde Einmischung dulden wollen. Was insbesondere den Handel betrifft, so fangen die Engländer an, den großen Eifer der Deutschen, ihren Handel über die ganze Welt auszudehnen, unangenehm zu empfinden. Die Handelsverträge sind im Interesse der Kolonien gekündigt worden; das Zusammenschließen des gesamten Reiches zu einem großen Zollgebiet mit Vorzugszöllen für das Mutterland wird allerdings besonders den deutschen Handel stark treffen, weil dieser in den britischen Kolonien besonders stark ist. Die deutsche Presse ist zeitweise in ihrem Tadel gegen englische Politik und die nationalen Grundsätze Englands unhöflich gewesen, hat die Formen verletzt usw. Der Aufsatz schließt mit dem Wunsche, daß man sich immer daran erinnern möge, wie nahe man 1896 an einem Kriege der beiden Nationen vorbeigekommen sei, und daß keine ernstlichen Mißverständnisse aufkommen möchten. Daß wir Deutschen dem Verfasser beistimmen sollen, verlangt er glücklicherweise nicht.

In verschiedenen Zeitungen finden wir das Bestreben, Frankreich im Gegensatz zu Deutschland sehr zart zu behandeln, seine Verluste 1870/71 mitzufühlen und ihm schließlich seinen wahren Feind und seine wahren Interessen vom englischen Standpunkt aus zu zeigen.

Da versichert z. B. kürzlich ein Vorstandsmitglied der Navy-League, Mr. Trower, in einem offenen Brief an eine Militärzeitschrift, daß die Schmückung der Nelsonsäule am Trafalgartage keine Verletzung der Gefühle Frankreichs verursachen könne, weil der überwundene Napoleon I. kein Franzose gewesen sei. Dann spricht er den „ritterlichen“ Franzosen das Recht zu kolonisieren zu, während er es bei den Deutschen wunderbar findet, weil ihre Vorfahren früher damit zufrieden gewesen seien, im englischen Heere Söldnerdienste zu thun.

Der Pariser Korrespondent der Times schrieb Anfang Oktober mit dem guten Zweck, die Aufmerksamkeit Frankreichs von Ägypten und von Kreta abzulenken: „Es ist ein großes Unglück, daß man in Frankreich durchaus kein Verständnis dafür haben will, daß Europa die verschiedenen Leiden und Wünsche Frankreichs von einem ganz andern Standpunkte betrachtet als dieses selbst. Niemand wird es Frankreich verdenken, wenn es sich nicht freiwillig für immer mit dem Schicksal des Besiegten zufrieden geben will, das ihm der Augenblick aufzwang, als es nach Bismarcks Ausspruch das Knie des Eroberers auf seiner Brust fühlte; niemand wird von ihm verlangen, daß es auf die Hoffnung verzichte, in Zukunft das Verlorne wiederzugewinnen. Jeder muß zugeben, daß

es stets ein großer Kummer und eine wahrhafte Demütigung für eine Nation ist, sich Land und Leute nehmen zu lassen und diese von einem andern Herren regiert zu sehen. Der Irrtum der Franzosen besteht darin, daß sie sich einbilden, Europa betrachte ihre Absichten auf Ägypten in demselben Lichte, wie es den wohlbegründeten Kummer Frankreichs und sein Verlangen nach seinen verlorenen Provinzen ansieht. Es ist falsch von Frankreich, anzunehmen, daß Europa dies natürliche und unvermeidliche Sehnen mit der erkünstelten, sentimentalen Sehnsucht der Republik nach Ägypten verwechseln könne, seine Armeen rüsten und Geld und Blut dazu hergeben werde, Frankreich bei der Verdrängung Englands aus Ägypten zu helfen. Frankreich sieht nicht ein, daß es in Europa keine Nation giebt, die das geringste wirkliche Interesse daran haben könnte, ob England in Ägypten bleibt oder nicht. Ägypten selbst hat wenig zu bedeuten, Englands Interesse am Suezkanal ist nur ein Handelsinteresse, das von niemand bedroht wird und auch von niemand bedroht werden kann. Das Öffnen und Schließen der Dardanellen ist etwas ganz andres, es ist von höchster militärischer Wichtigkeit und unbestreitbarem Interesse für jedermann."

Daß Englands Interesse am Suezkanal zur Zeit von keiner Macht bedroht werden kann, ist richtig, obgleich man in England nicht fest darauf rechnet, daß er im Kriegsfalle stets offen bleiben werde, und deshalb die süd-afrikanischen Häfen stärker armirt und mit größern Dockanlagen versteht. Für die andern Ansichten und Wünsche der Times müssen die Gläubigen wohl in England selbst gesucht werden.

Die Army and Navy Gazette vom 2. Oktober warnt Frankreich, die Dienstzeit in der Armee zu vermindern und seine Wehrkraft an der Ostgrenze durch Gründung von Neufformationen an dieser bedrohten Stelle zu schwächen. Dann schreibt sie weiter: „England ist nicht ohne Mitgefühl für Frankreich, und es ist durchaus nicht im Interesse Englands, eine weitere Verminderung der Kampffähigkeit Frankreichs mit anzusehen. England und Frankreich haben keinen Grund, mit Eifersucht oder Furcht sich gegenseitig in der Entwicklung der Seemacht des einen und der Landmacht des andern Staates zu überwachen. Mit Bedauern sieht England, daß die abnehmende Bevölkerung von vierzig Millionen in Frankreich anfängt, nicht mehr fähig zu sein, es mit den zunehmenden fünfzig Millionen Deutschlands aufzunehmen.“ Schließlich wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die zur Volksverminderung in Frankreich treibenden Ideen durch vernünftigeren werden ersetzt werden, damit die Franzosen wieder wie früher die grande nation sein können. Das ist schon wirkliche englische Weltpolitik, und der Gedanke, daß ein kräftig und ausdauernd geführter Krieg zwischen Frankreich und Deutschland die Interessen Englands fördere, ist sehr aufrichtig darin ausgesprochen. Schon 1894 machte der Standard bei Gelegenheit der Erwerbung Madagaskars Frankreich darauf auf-

merksam, daß es sich überlegen möge, ob es durch solche Erwerbungen auch stärker gegen seine wirklichen Feinde werde. Und jedesmal, sobald Frankreichs Rachegefühl und Mißtrauen schwächer zu werden scheinen, und es sich mehr der Kolonisation widmet, erklingt von England her die milde Mahnung, doch ja nicht die Feinde jenseits der Vogesen zu vergessen. Solche für England ja berechnete, für den Kontinent aber recht unangenehme Politik nicht erkannt zu haben, hat Europa schon viel Blut gekostet, dem weisen England aber zu manchem schönen Preise, z. B. zu Cypern und Ägypten verholfen. Das Traurige dabei ist nur, daß nicht bloß der, der solchen Anregungen nachgiebt, zur Strafe dafür leidet, sondern daß auch der Angegriffene dabei mit für Englands Vorteil bluten muß.

In ganz anderer Weise behandelt die deutschfeindliche Saturday Review vom 11. September d. J. das Verhältnis Englands zu Deutschland. Sie erwähnt zunächst, daß Fürst Bismarck Rußland als ungefährlich für Deutschland ansehe, solange es sich noch auf dem Wege zum Mittelmeer durch die Türkei hindurch befinde, während er Frankreich nach dem Kriege von Deutschland abgelenkt habe, indem er zu Ferry sagte: „Sucht euch Entschädigung, gründet Kolonien; nehmt außerhalb Europas, was ihr wollt; ihr könnt es haben.“ Frankreich habe darauf in Tunis und Tonkin ungehindert zugegriffen, und während Rußland im Süden und Osten beschäftigt gewesen sei, habe Deutschland ruhig auf seinen Schätzen sitzen können, habe seine Kaufleute sich an Englands Handel vergreifen lassen und durch seine Diplomaten die englischen zu fortwährenden Zänkereien mit allen Ländern gebracht. Dann fährt die Saturday Review fort: „Fürst Bismarck hat schon lange erkannt, was in England das Volk schließlich zu verstehen anfängt, daß es in Europa zwei große, unversöhnliche Gegner giebt, zwei große Nationen, die die ganze Welt sich unterthänig machen und von ihr den Handelsgewinn allein beziehen möchten. Es sind das England, das mit seiner langen Geschichte von erfolgreichen Eroberungen überzeugt ist, daß es bei der Verfolgung seines eignen Vorteils zugleich den noch in Dunkelheit wandelnden Völkern das Licht der Kultur bringt, und das stamm- und blutsverwandte Deutschland, das zwar geringere Willenskraft, aber vielleicht mehr durchdringenden Verstand hat. Beide wetteifern an allen Punkten der Erde. Überall, in Transvaal, am Kap, in Zentralafrika, in Indien, im fernen Osten, auf den Inseln der Südsee und im äußersten Nordwesten, wo immer dem Missionar die Flagge und der Flagge der Handel gefolgt ist, ringt der deutsche Handelsmann mit dem englischen Hausfrier. Wo eine Mine auszubeuten, eine Eisenbahn zu bauen, ein Eingebornen vom Genuß der Brotfrucht zu dem des Fleisches in Blechdosen, von Mäßigkeit zum Schnapsverbrauch zu bekehren ist, da kämpfen der Engländer und der Deutsche um den Vorrang. So schafft eine Million kleiner Nörgeleien schließlich einen so bedeutenden Grund zum Kriege, wie ihn die Welt

noch nicht gesehen hat. Wenn Deutschland morgen von der Erde verschwände, würde es übermorgen keinen Engländer geben, der nicht dadurch reicher geworden wäre. Nationen haben jahrelang um eine Stadt oder ein Nachfolgerecht gekämpft, warum sollen sie nicht um 250 Millionen Pfund Sterling jährlicher Handelseinkünfte kämpfen?" Nachdem dann das allmähliche Anwachsen der Mißstimmung gegen Deutschland geschildert ist, heißt es weiter: „Die deutschen Pläne in Transvaal, die Verletzungen des internationalen Rechtes in Zentralafrika von deutscher Seite, das nach Bismarcks Ausdruck ungebührliche Neckereien der Engländer durch die Deutschen in dem gesamten diplomatischen Verkehr, die bekannte Richtung der deutschen Politik im Rate der Vertreter der Großmächte in Konstantinopel und vor allem die Art, wie England die wirkliche Ausdehnung der deutschen Handelsrivalität hat erkennen müssen, haben ihr Werk gethan. England und Deutschland fühlen beide gleich lebhaft die bevorstehende Wahrscheinlichkeit eines Kampfes. Was Bismarck vorhersehend, und was wir vielleicht bald sich ereignen sehen werden, ist nicht bloß der harte Kampf um Interessen zwischen beiden Nationen, sondern auch daß England die einzige Großmacht sein wird, von der Deutschland ohne besondere Gefahr und ohne Zweifel am Erfolg bekämpft werden kann. Deutschlands Verbündete des Dreibundes sind England gegenüber ohne Wert; Österreich ist unfähig, etwas zu unternehmen, und Italien kann sich Frankreich gegenüber nicht von Streitkräften entblößen. Das Wachstum der deutschen Flotte kann den Schlag Englands für Deutschland nur noch empfindlicher machen; seine Schiffe werden bald entweder auf dem Grunde des Meeres oder in sicherem Geleite nach Englands Häfen unterwegs sein. Hamburg, Bremen, der Kanal von Kiel und die Ostseehäfen werden so lange von Englands Kanonen bedroht bleiben, bis die Kriegsschädigung festgesetzt sein wird. Wenn wir unser Werk gethan haben, brauchen wir nur Bismarcks Worte zu Ferry zu wiederholen und zu Frankreich und Rußland zu sagen: »Sucht euch eine Entschädigung; nehmt innerhalb Deutschlands, was ihr wollt; ihr könnt es haben.«“ Keine Unterhandlungen mit Frankreich und Rußland — meint der Verfasser — würden Deutschland vor dem ihm von England drohenden Unheil bewahren oder England zur Ermäßigung seiner Ansprüche bringen können, und der Artikel schließt mit der Überzeugung: *Germaniam esse delendam.*

Aus allen englischen Stimmungsaussäuerungen fühlen wir heraus, daß der wirkliche Grund der englischen Verstimmung nur das Wachstum unserer Industrie und unsers Seehandels ist. Keine Politik, die sich auf innere Angelegenheiten beschränkt, keine Friedensliga, kein Vorschlag von internationalen Schiedsgerichten kann uns gegen den Unwillen einer Nation schützen, die so in ihrem Heiligsten, in ihren kaufmännischen Interessen gekränkt ist. Nur freiwilliger Verzicht auf unser Streben nach Land, Geld und Gut könnte die erzürnte Herrscherin der Meere versöhnen. Daß sich aber unser Volk, welche

Parteirichtung auch darin vorherrschen mag, dazu herbeilassen sollte, ist undenkbar. Die Gegensätze bleiben also bestehen, und wir müssen ihnen Rechnung tragen.

Trotz des gereizten Tones liegt in den Auslassungen der englischen Presse eine gewisse Anerkennung für unser Gedeihen, unsre Unternehmungslust und den Wert unsers Handels, die wenig mit der hie und da verbreiteten deutschen Ansicht übereinstimmt, daß wir noch zu arm seien, diese Hauptmittel größern Wohlstands durch eine entsprechende Seemacht zu schützen. Daß die Unterhaltung einer starken Flotte das beste Mittel für eine Steigerung des Handels, des Wohlstands und der Macht bildet, dafür ist England der beste Beweis; Niedergang der Seemacht bedeutet dagegen, wie Spanien und Holland beweisen, ein Herabsinken von der Stellung als Großmacht. Japan, der gelehrigste Schüler Englands, entfaltet in Folge seiner klaren Erkenntnis der Wichtigkeit der Seeherrschaft eine rastlose Thätigkeit im Flottenbau und nimmt schon jetzt das Recht für sich in Anspruch, in allen politischen Angelegenheiten in Ostasien und im Stillen Ozean mitzusprechen. Bei uns hofft noch so mancher, wir würden wegen unsers starken Heeres mit einer Flotte sechsten Ranges auskommen, weil an eine Gegnerschaft Englands nicht zu denken sei. Nun denkt aber England anders und hat Gründe genug für seine Gegnerschaft. Ob Großbritannien im Sinne der Review bald zum Schwert greifen oder uns nach der Kündigung des Handelsvertrags zunächst mit handelspolitischen Mitteln bekämpfen wird, und wie sich die andern Staaten zu einer dieser beiden Möglichkeiten stellen werden, ist die Frage. Sicher ist, daß ein waffenstarkes Deutschland den Krieg weniger zu fürchten und vielleicht auch seinen Ausbruch weniger zu erwarten hat als ein schwaches. Unser Heer dürfen wir wegen unsrer Lage in der Mitte Europas niemals schwächen. Bei einem Kampfe gegen einen Seestaat und in einem Weltkriege bleibt aber die Flotte die Hauptwaffe, und nach deren Mächtigkeit werden wir von den andern Staaten eingeschätzt werden. Flößt unsre Seemacht Achtung ein, so könnten sich doch Nationen finden, denen unser Bündnis zum gemeinsamen Schutz unsrer und ihrer früher oder später sicherlich auch von England bedrohten Interessen erwünscht erscheint. Auch England würde sich dann wohl überlegen, ob es den Waffengang beginnen soll, besonders wenn ein Bundesgenosse Deutschlands es zu Lande fassen kann. Wie zu allen Zeiten, würde eine gute Vorbereitung auf den Krieg auch jetzt größere Wahrscheinlichkeit für die Erhaltung des Friedens bieten, als Nachgiebigkeit im Gefühl der Schwäche. Unter allen Umständen gehen wir einer kritischen Zeit entgegen; die Folgen der von dem Kanadier Wilfrid Laurier und von Chamberlain gefaßten, immer beliebter werdenden Pläne des Zollvereins des Greater Britain sind noch nicht zu übersehen; die ausgesprochne handelspolitische Gegnerschaft Nordamerikas gegen das vielstaatliche alte Europa ist bald zu erwarten, und im fernen Osten drohen Japans

Seemacht und seine billig arbeitende Industrie. Als Ziele stehen noch die Erschließung und Ausnutzung Chinas, des größten Teils von Afrika und Brasiliens in Aussicht. In solchen Zeiten darf kein auf die Zukunft hoffendes Volk bei der Verstärkung seiner Wehr knausern. England, Frankreich, Rußland, Nordamerika und Japan machen die größten Anstrengungen vor allem in dem Ausbau ihrer Flotten und ihrer Marinestationen; keiner möchte zurückbleiben. Auch wir müssen also vorwärts mit unsrer zweckwidrig kleinen Marine, wenn Deutschland Großmacht bleiben will.

Kiel

R. U.



Die deutschen Kolonisten an der Wolga und die russische Regierung



vor einiger Zeit brachten deutsche Zeitungen die Nachricht, daß die deutschen Kolonisten im Gouvernement Esamara infolge verschiedner Geseze der russischen Regierung, „die ihnen nicht mehr erlaubten, in der bisherigen Weise für die Zukunft ihrer Kinder zu sorgen,“ nach Sibirien anschwanderten. Für viele, die die russischen Zustände und Verhältnisse überhaupt nicht und im besondern die in den genannten Kolonien nicht kennen und auch nicht zwischen den Zeilen zu lesen verstehen, mag diese Nachricht ein neuer Anlaß gewesen sein, von der Vergewaltigung der Deutschen durch die russische Regierung zu reden, die ihnen jetzt nicht einmal mehr erlauben wolle, „für die Zukunft ihrer Kinder zu sorgen.“

Zu dieser Annahme werden ohne Frage alle kommen, die nicht wissen, welche Rolle bei jener Nachricht die Worte „in der bisherigen Weise“ spielen, und daß zwischen der „Sorge für die Zukunft der Kinder“ nach westeuropäischen Begriffen und der der Masse dieser Kolonisten ein himmelweiter Unterschied ist. Genau genommen sind die Worte „in der bisherigen Weise“ hier gar nicht am Platze, da es nur heißen könnte „in der frühern Weise,“ weil die Sache, um die es sich thatsächlich handelt, schon mehr als dreißig Jahre alt, in tausenden von Zeitungsartikeln besprochen und demnach allbekannt ist. Dazu kommt noch, daß von denselben Gesezen und Maßregeln, die angeblich die Kolonisten an der Wolga erst jetzt zum Auswandern bestimmen sollen, die Gesamtheit der russischen Bauern betroffen wird, daß von einem Gesez ausschließlich gegen die Deutschen also gar nicht die Rede sein kann. Schon der Umstand, daß diese Kolonisten nach Sibirien, also nur